Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

3. Januar — John Wrobel Jan. 10 — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 23. Mærz 1910 — No. 22.

Ostern.

Es klangen froh die Engelworte
Beim ersten Ostermorgenrot:
„Er ist nicht hier — Ist auferstanden!
Das Leben hat besiegt den Tod!"

Noch immer kämpfen Tod und Leben
Noch immer siegt für kurze Frist
Der Tod. Doch endlich muß er sterben —
Das Leben unzerstörbar ist.

Das sehn wir stets im Lauf der Zeiten,
Wenn nach des Winters Todesnacht
Das Leben wieder blüht und grünet
In neuerstandner Lenzespracht.

Kommt auch ein letztes Weltensterben,
Ein letzter Weltuhr-Glockenschlag,
Wir wissen: Alles muß vergehen,
Damit es ewig leben mag.

Einst klingt die letzte Osterbotschaft:
„Steh auf! Hervor! was kalt und tot!"
Dann leuchtet über Todesgrüften
Das ew'ge Ostermorgenrot.

H.

Auch ein Fremdenhasser.

Von den Geistlichen sollte man doch erwarten, daß sie als Verkünder der erhabenen Lehren des Friedefürsten die Bruderliebe wecken und pflegen sollten. Im allgemeinen tun sie das ja auch.

Es kommt aber auch vor, daß gerade Geistliche an der Förderung des Militarismus arbeiten. Wir haben Gelegenheit gehabt, dies in Verbindung mit den famosen sogenannten „Knaben-Brigaden" zu beobachten. Wie sich das mit ihrem Beruf vereinigen läßt, können wir einfach nicht einsehen.

Eines Geistlichen und seines hehren Amtes unwürdig ist es auch, wenn er den Fremdenhaß predigt. Auch das kommt vor.

Ein Beispiel sei hiermit angeführt.

Von Hamilton, Ont., wurde letzte Woche geschrieben, daß ein Rev. Woodsworth von Winnipeg auf der Jahresversammlung der Bibelklasse Erwachsener eine nativistische Rede hielt, die ihn als Ignoranten und Fremdenfeind hinstellt. Er sagte da unter anderm, daß die fremdländische Bevölkerung Canadas dem Lande ein Problem aufgebe, wie es selbst die Vereinigten Staaten nie zu lösen gehabt hätten. Er sage voraus, daß es nur noch eine ganz kurze Zeit dauern werde, bis der ganze canadische Westen von den großen Seen bis an den Stillen Ozean von Ausländern kontrolliert werden würde. Ja, die ganze Dominion Canada werde unter die Herrschaft der „Foreigners" fallen, denn der Westen sei dazu bestimmt, das ganze Land zu beherrschen.

Es sei an der Zeit, daß die Canadier etwas täten, ihr Land zu „retten". Die Foreigners würden für irgend etwas stimmen, wenn man eine Flasche Whiskey als Köder hinhalte. In einer kürzlichen Wahl in Winnipeg seien in zwei Blocks 260 Faß Whiskey — (die Zeitung, der wir diese Nachricht entnehmen, schreibt „Whiskey", doch vermuten wir, daß es wohl „Bier" heißen soll, denn von dem „edlen" Whiskey trinken die Einheimischen mehr als die Foreigners) — draufgegangen.

Wirklich ein famoser Prediger, dieser Kerl! Wenn mal ein Foreigner sich mit einer Flasche Whiskey kaufen läßt, so verallgemeinert er das gleich. Ist es denn nicht ebenso schlimm, einen dummen Menschen mit einer Flasche Whiskey zu kaufen, als wenn ein wohl auf einer niedrigen Stufe stehender Mensch sich um diesen Preis verkauft? Wir denken, ersteres ist noch um vieles schlimmer und strafwürdiger.

Und der dumme Quatsch über „Kontrollierung" des Westens und Canadas durch die Foreigners ist einfach albern. Weiß denn der Mann nicht, daß die meisten Foreigners bald gute, intelligente und patriotische Canadier werden? Weiß er nicht, daß die zweite Generation der Foreigners sich schon fast garnicht mehr von den echten Eingeborenen unterscheidet?

Die ganze Geschichte ist ein elender Quatsch, diktiert vom dummen Ignorantentum und Haß der Foreigners, die ein gut Teil der allerschwersten Arbeit tun, wozu sich ein Rev. Woodsworth wohl nicht hergeben würde. Ja, Herr Woodsworth, Canada braucht diese einfachen, schwer arbeitenden Ausländer ebenso notwendig, wie die Farm schwere Arbeitspferde braucht.

Die Ausländer sind nicht hergekommen, um zu herrschen, sondern um für sich bessere Lebensbedingungen mit schwerer Arbeit zu schaffen. Und wir glauben nicht, daß ein Geistlicher dazu berufen ist, diese Leute mit Schmutz zu bewerfen. Wenn jemand das tut, dann sagen wir: Pfui!

Aus dem Dom. Parlament.

Letzten Mittwoch stellte das Parlament mal wieder einen Rekord auf, indem die Herren Abgeordneten 17 Stunden lang in einer Tour debattierten. Die Regierung wollte eine Bill durchhaben, während die Opposition sich mit Händen und Füßen dagegen wehrte. Schließlich endete die Sache mit einem Kompromiß.

Eine interessante Szene gab's in Verbindung mit Frank Oliyers Einwanderungs-Vorlage. Der Minister des Innern, Herr Campbell von Manitoba, der immer den Mund ziemlich voll nimmt, und die lieben Douchoborzen Canada's bildeten die Personen dieser Szene. Douchoborzen waren wohl nicht anwesend — denn Oliver mußte die Gleichstellung Campbells mit den Douchoborzen zurücknehmen — aber die letzteren gaben den ganzen Anlaß zu der kleinen Auseinandersetzung. Campbell fragte in etwas wegwerfender Art, ob die Vorlage auch Bezug habe auf die Douchoborzen. Oliver antwortete: „Die Bill schließt alle Freunde meines Freundes Campbell ein."

Campbell fragte entrüstet, ob Oliver damit sagen wolle, daß er, Campbell, ein Douchoborze sei.

„In diesem Fall", antwortete Oliver, „muß ich die Douchoborzen um Verzeihung bitten."

Campbell verlangte nun aber von Oliver Abbitte und Zurücknahme dieser Beschuldigung. Wenn der Minister nicht Manns genug sei, sagte Campbell, die Beschuldigung zurücknehmen, so hätte er überhaupt keine Ehre mehr im Leibe.

Als andere sich einmischten und den Minister aufforderten, seine Behauptung zurückzunehmen, antwortete Oliver: „Ich ziehe die Behauptung nicht zurück auf Forderung irgend eines Prahlhanzes."

Als Oliver schließlich sagte, er hätte keinerlei Beleidigung beabsichtigt, schloß die Douchoborzen-Debatte.

Die Lumsden-Untersuchung zeigt auch wieder, wie es um die Beschuldigungen der Opposition gegen die Regierung steht. Es kommt immer mehr zum Vorschein, daß absolut kein Grund einer Beschuldigung vorhanden war. Das einsehend, haben einige Mitglieder der Kommission resigniert, eine Handlungsweise, die durchaus zeigt, wie die Herren daran verzweifeln, der Regierung etwas anhaben zu können.

Finanzminister Fielding und General-Gouverneur Earl Grey sind nach Albany, N. Y., gefahren, wo sie mit Präsident Taft eine Konferenz betreffs der Tariffrage hatten. Der Umstand, daß die Amerikaner die Canadier einluden und ihnen auf halbem Wege entgegenkamen, zeigt, wie die Situation sich gegen früher geändert hat. Früher gingen die Canadier bittend nach Washington, jetzt kommt Washington uns entgegen.

Man glaubt allgemein, daß auf dieser Konferenz ein Mittel gefunden wird, die Situation zu klären und daß es nicht zu einem schädigenden Zollkrieg zwischen Canada und der Ver. Staaten kommen wird.

Legislaturen vertagt.

Die Legislatur von Manitoba wurde letzte Woche vertagt. Nach allem, was man aus den Verhandlungen und dem Auftreten der Parteiführer schließen kann, steht eine Auflösung der Legislatur und damit eine Neuwahl nahe bevor.

In Alberta wurde die Legislatur auf einige Monate vertagt, um der von der Regierung ernannten Untersuchungskommission Zeit zu geben den anrüchigen Kontrakt der Regierung mit der Alberta & Great Waterways Eisenbahn-Gesellschaft zu prüfen. Wahrscheinlich Ende Mai tritt die Legislatur dann wieder zusammen.

Bis dahin werden die politischen Führer und die einzelnen Abgeordneten sich auf den „Stump" begeben und dem Volk einerseits klar zu machen suchen, daß der Bahnkontrakt sehr gut ist, andererseits, daß der Kontrakt der schlechteste für das Volk ist, den man sich denken kann.

Vielleicht giebts auch da noch im Sommer einen politischen Krach und dann eine Wahl.

Wir in Saskatchewan verleben inzwischen eine ruhige politische Zeit und scheren uns nicht viel darum, was rechts oder links von uns passiert.

Provinziales.

An die Leser in Regina.

Am nächsten Donnerstag den 24. März werden die Steuerzahler Reginas über eine Reihe wichtiger Nebengesetze abstimmen. Die Nebengesetze bezwecken, Gelder für nötige öffentliche Verbesserungen aufzubringen. Da es wichtig ist, daß die Nebengesetze angenommen werden sollten, ist es auch wichtig und nötig, daß die Bürger ihre Stimmen zum allgemeinen Besten abgeben.

Zwei der Nebengesetze bezwecken die Aufbringung von 20,000 Dollars für die Erweiterung des Kanalisations-Systems und der Wasserleitung. Es ist wohl völlig überflüssig, hierüber ein Wort zu verlieren. Jeder wird wissen, daß diese Arbeiten nötig sind und wird demgemäß stimmen. Es ist auch absolut kein Zweifel vorhanden, daß diese beiden Nebengesetze durchgehen.

Wir kommen jetzt zu dem Nebengesetz zur Aufbringung von 16,000 Dollars für die Markthalle an Osler Straße. Die Markthalle war lange eine Notwendigkeit und stets ein besonderer Wunsch der Deutschen. Aldermann Herr L. L. Kramer hat sich stets für die Markthalle ins Zeug gelegt und die Sache ist jetzt endlich so weit, daß sie den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wird. Da gegen das Projekt Opposition laut geworden ist, sollten die Deutschen einmütig für das Nebengesetz stimmen.

Sehr wichtig ist es für die Deutschen im Ostende — das ist für die Leute, die gute, lohnende Arbeit wünschen —, daß das Nebengesetz zur Bewilligung von 25,000 Dollars an die Ausstellungsgesellschaft angenommen wird. Dies Geld soll zu großartigen Verbesserungen auf dem Ausstellungsplatz verwendet werden und giebt es dann gute Arbeit. Die kleinen Steuerbeträge, die dafür verausgabt werden, kommen also vielfältig wieder zurück. Wer für die Markt alle stimmt, sollte auch für diese 25,000 Dollars stimmen, ja erst recht hierfür, denn der gewöhnliche Arbeiter wird viel mehr mit den Arbeiten auf dem Ausstellungsplatz verdienen als an der Markthalle.

Außer diesen vier Nebengesetzen kommt noch ein weiteres zur Abstimmung, nämlich ein solches zur Aufbringung von 41,000 Dollars für eine Unterführung (Subway) an der Albert Straße. Neben der C. P. R. muß auch die Stadt einen Teil der Kosten dieser Unterführung der Straße unter die C. P. R. tragen. Der Teil, den die Stadt zu tragen hat, ist 41,000 Dollars.

Wie wir hören, ist im Ostende der Stadt erhebliche Opposition gegen dieses Nebengesetz resp. gegen den Bau des Subways an der Albert Straße laut geworden. Man befürchtet, daß Kohlen, Holz und alles, was vom Nordende nach Germantown geliefert werden muß, durch den Transport über die Albert Straße Subway verteuert wird. Diesem Argument aber können wir nicht beistimmen. Zunächst wird die Hamilton Straße noch garnicht geschlossen und kann diese noch für Frachten nach dem Ostende benutzt werden. Wenn die Hamilton Straße geschlossen wird, können diese Frachten über die Dewdney Straße östlich und dort über die Bahnstrecke gefahren werden. Damit würde der Weg nicht bedeutend weiter und also die Raten auch wohl nicht höher.

Unserer Meinung nach ist es durchaus wichtig, daß das Nebengesetz angenommen und der Subway bald fertiggestellt werden sollte. Wird das Gesetz niedergestimmt, so ist alle getane Arbeit vergeblich und wissen wir dann absolut nicht, wann und wo wir einen Subway bekommen. In dieser Frage hat die Stadt nämlich nicht allein zu entscheiden, sondern die Stadt muß sich mit der Bahn ins Einvernehmen setzen und die Eisenbahn-Kommission hat dann ihre Entscheidung abzugeben. Dies ist in diesem Fall bereits geschehen und die Eisenbahnkommission hat bestimmt, daß der Subway an der Albert Straße gebaut werden soll. Geht das Nebengesetz nicht durch, dann sind wir gerade so weit, wie wir vor einem Jahre oder auch vor zwei Jahren waren. Alles ist dann von vorne wieder zu machen. Und wir wissen dann doch noch nicht, ob der Subway an Scarth Straße kommt. Auch würde der Bau der Straßenbahn durch eine solche Entscheidung verzögert werden. Ehe man nicht weiß, wo der Subway kommt, kann die Bahn nicht angelegt werden. Das ist Grund genug, für das Nebengesetz zu stimmen. Auch vergesse man nicht, daß es die Absicht der Stadt ist, später einen zweiten Subway östlich der Station zu bauen und zwar an der Broad Str. Man will die Gelder für diesen zweiten Subway aus Grundstücksverkäufen lösen, sodaß dazu weiter keine Steuergelder bewilligt zu werden brauchen.

Das wäre entschieden die beste Lösung der Frage: zwei Subways, einen an der Albert und den andern an der Broad Str. Damit wäre allen vernünftigen Forderungen Genüge geschehen. Um aber diese beste Lösung der Frage zu bewirken, ist es nötig, jetzt das Nebengesetz zur Aufbringung der 41,000 Dollars für den Subway an Albert Str. anzunehmen, also für das Nebengesetz zu stimmen.

Damit haben wir unsere Ansicht über diese Nebengesetze offen ausgesprochen und erwarten, daß alle von den Bürgern angenommen werden zum Besten der wachsenden Hauptstadt Saskatchewans und zum Besten seiner Bürger.

An unsere Leser.

Die nächste Nummer des „Saskatchewan Courier" ist eine reich ausgestattete Spezial-Ausgabe zur Förderung der Einwanderung Deutscher nach Saskatchewan. Wir bringen darin besondere illustrierte Artikel über Saskatchewan. Wer seinen Freunden ein Exemplar dieser Zeitung schicken will, sende uns 15 Cents nebst Adresse dessen, an den die Zeitung gehen soll. Wir besorgen dann alles weitere.

Sask. Courier Publ. Co.

Munizipal-Konvention in Saskatoon.

Letzte Woche tagte in Saskatoon die Konvention der Wege-Verbesserungs-Distrikte Saskatchewans. Das war der frühere Name. Auf der Konvention wurde der offizielle Titel abgeändert in „Association der ländlichen Munizipalitäten Saskatchewans". Diese Aenderung des Namens ist eine Folge der Einführung des neuen Systems ländlicher Munizipalitäten anstatt der alten Wege-Verbesserungs- oder Local Improvement Distrikte. Das neue modernisierte System ist bereits in einem großen Teil der Provinz eingeführt und es wird nicht allzu lange dauern, bis der letzte Wege-Verbesserungs-Distrikt aus der Provinz verschwunden und in einer ländlichen Munizipalität aufgegangen ist. Die noch bestehenden Wege-Verbesserungs-Distrikte jedoch haben in der neuen Organisation dieselben Rechte und Privilegien, wie die ländlichen Munizipalitäten. Es giebt gegenwärtig 76 ländliche Munizipalitäten und 158 Wegeverbesserungs-Distrikte. Es ist aber sicher, daß viele der letzteren in diesem Jahre zu dem neuen System der munizipalen Selbstregierung übergehen werden.

Es waren über 200 Delegaten von allen Teilen der Provinz anwesend.

Bürgermeister Hopkins von Saskatoon begrüßte die Delegaten im Namen der Stadt und wies darauf hin, daß es vielleicht geraten wäre, die Organisationen der Munizipalitäten und der ländlichen Munizipalitäten zu amalgamieren.

Hon. W. C. Sutherland, M. L. A., wies in einer Ansprache auf die großen Vorzüge des Gesetzes betreffs ländlicher Munizipalitäten hin und sagte, das Gesetz sei eines der besten in der ganzen Dominion Canada. Sehr wichtig seien die Bestimmungen über öffentliches Gesundheitswesen. In dieser und anderer Hinsicht sei das Gesetz besser wie z. B. das in Ontario herrschende.

Präsident J. Smith, Yellow Grass, bemerkte in seiner Ansprache, daß das vergangene Jahr sich besonders kennzeichne durch Prosperität und Fortschritt. Die reiche Ernte und die guten Preise hätten dem Farmer Geld in die Tasche gebracht und damit auch dem Geschäftsmann. Wo immer Canada bekannt sei, sei auch Saskatchewan bekannt als ein Land, das eine gewaltige Zukunft habe.

Als ein Resultat der Bemühungen der Vereinigung der Munizipalitäten müsse er die Entscheidung der Eisenbahn-Kommission anführen, wodurch die Eisenbahn-Gesellschaften gezwungen würden, ihr Wegerecht in der Provinz einzuzäunen, sogenannte Vieh-Guards anzubringen und ordentliche Kreuzungen zu machen. Herr W. M. Martin, M. P. von Regina, der zu der Zeit in Ottawa war, hätte sich in dieser Sache sehr um die Provinz bemüht und mit bestem Erfolg. Die Entscheidung beziehe sich auf Bahnen, die unter Konstruktion seien oder in Zukunft gebaut würden. Wenn die Linien fertig wären, müßten auch die Zäune, Kreuzungen etc. in guter Ordnung sein.

Während des Jahres seien die kleinen Wegeverbesserungs-Distrikte, die je 4 Townships groß waren, abgeschafft worden. Die Distrikte seien jetzt 9 Townships groß, ebenso wie die ländlichen Munizipalitäten und könnten jederzeit volle Selbstregierung einführen, indem sie zu dem neuen System ländlicher Munizipalitäten übergingen. Wenn die Distrikte größere Vollmachten und mehr Rechte wollten, so sollten sie zu dem neuen System übergehen und er erwarte aufs sicherste, daß eine große Anzahl der Wege-Verbesserungs-Distrikte das neue System bald annehmen würde.

Der Sekretär-Schatzmeister berichtete eine Einnahme von $643.30 und eine Ausgabe von $453.47 während des verflossenen Jahres.

Eine Resolution wurde angenommen, daß alte Prärierwege, sog. old trails, allenthalben geschlossen werden sollen, wo sie nicht länger mehr nötig sind.

Ein Antrag, daß mehr Feuerhüter angestellt werden sollten, um die Präriefeuerplage besser bekämpfen zu können, fiel durch.

Herr Wilson von Indian Head riet den Delegaten unter anderm, daß es für ältere, gut besiedelte Wegeverbesserungs-Distrikte absolut notwendig sei, das neue System ländlicher Munizipalitäten einzuführen. Dann könnten sie ihren eigenen Nöten am besten und praktischsten abhelfen.

Herr Thompson, gleichfalls von Indian Head — (bekanntlich hat der Indian Head Distrikt schon lange eine ländliche Munizipalität eingerichtet. Indian Head und South Qu'Appelle sind die ältesten ländlichen Munizipalitäten der Provinz) — empfahl gleichfalls die Einführung des neuen Systems. Er sagte, er könne aus praktischer Erfahrung sprechen, und meinte, alle Farmer der Munizipalität Indian Head seien sehr mit dem System zufrieden.

Eine Resolution wurde angenommen, daß das Local Improvement-Gesetz dahin amendiert werde, daß in Zukunft die Councillor-Nominationen eine Woche vor der Wahl stattzufinden haben als anstatt einer halben Stunde vor der Wahl.

T. N. Willing, der erste Unkraut-Inspektor der Provinz, hielt einen längeren Vortrag über die Ausrottung schädlicher Unkräuter. Er legte großen Nachdruck auf engeres Zusammenarbeiten der Councillors und der Farmer mit den Unkraut-Inspektoren. Seitdem die Wegeverbesserungs-Distrikte die Vollmacht bekommen hätten, ihre Unkraut-Inspektoren selbst zu ernennen, seien an 500 Inspektoren ernannt. Die meisten davon in den neuen Distrikten, während die länger besiedelten Distrikte entlang der Wolseley Linie und von Carou nach Mortlach keinen einzigen Inspektor ernannt hätten. Redner gab dann eine Menge guter Ratschläge zur Ausrottung des Unkrauts im Getreide und wies vor allem darauf hin, wie wichtig es sei, daß die Drescher ihre Maschinen und Wagen stets reinigen, ehe sie von einer Farm auf die andere gehen.

Auf Antrag des Councillors Bergmann von Wynard wurde beschlossen, daß die Regierung sofort gerichtliche Schritte unternehmen soll, um die C. P. R. zu zwingen, Munizipal- und Local Improvement-Steuern auf ihre zahlreichen Ländereien zu zahlen.

Der Hilfsminister im Munizipalwesen Herr J. N. Bayne hielt eine längere, mit großem Beifall aufgenommene Ansprache, in welcher er unter anderm sagte, daß die Regierung 60,000 Dollars in Baar für die neuen Munizipalitäten als finanzielle Beihilfe bewilligt habe.

Moose Jaw wurde für das nächste Jahr als Versammlungsort der Munizipal Association gewählt.

Es wurde dann noch beschlossen, sich nicht mit der Union der Munizipalitäten Saskatchewans zu vereinigen.

Die Beamtenwahl für das neue Jahr ergab folgendes Resultat: Präsident J. Smith, Yellow Grass; erster Vize-Präsident G. Thompson, Indian Head; zweiter Vize-Präsident A. H. Salmon, Riga; 3. Vize-Präsident H. E. Clinite, Swift Current.

Die seiner Zeit von der Getreidebauer-Vereinigung angenommene Hagelversicherungs-Resolution wurde von der Konvention gleichfalls angenommen. Nach der Resolution soll ein provinziales Hagelversicherungs-System eingeführt und die Kosten durch eine Steuer bis zu 2 Cents den Acker aufgebracht werden.

Deutschlands Erfahrungen mit „Municipal Ownership.

Die ersten Versuche mit städtischer Betrieben liegen in Deutschland schon ziemlich weit zurück, aber erst vor etwa fünfzehn Jahren begannen die Gemeinde-Verwaltungen in größerem Umfange den Kreis ihrer Aufgaben auf die Wasser- und Lichtversorgung, Straßenreinigung und Kanalisation auszudehnen. Noch jüngeren Datums ist das Bestreben, auch den Straßenbahnbetrieb in eigene Verwaltung zu nehmen, aber gerade nach dieser Richtung hin hat die Bewegung sich in den letzten Jahren außerordentlich kräftig entwickelt. Gegenwärtig ist ungefähr ein Drittel der Gesamtlänge aller Straßenbahnen im Gemeindebesitz, aber nur etwa ein Viertel ist im kommunalen Betrieb. Dagegen verfügt in England der private Besitz nur noch über die Hälfte der Schienenlänge der städtischen Straßenbahnen, ein Verhältnis, das in keinem anderen europäischen Lande wiederkehrt. In den meisten Ländern liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Deutschland. Einzelne Städte sind mit der Munizipalisierung des Straßenbahnbetriebes weit voraus, andere sind ebenso weit zurück. Wien beispielsweise hat mit den Jahren sämtliche Straßenbahnen erworben und will jetzt auch noch die Stadtbahn sich anliedern. Aber Wien bildet in dieser Beziehung für Oesterreich eine Ausnahme. Dagegen haben auch die österreichischen Städte sich mit der Zeit eigene Schlacht- und Viehhöfe, Markthallen, Badeanstalten u. s. w. zugelegt, Einrichtungen, die in den deutschen Städten längst zu selbstverständlichen Einrichtungen geworden sind.

Das Zögern so mancher Städte, auch den Straßenbahnbetrieb in eigene Verwaltung zu nehmen, erklärt sich zum Teil aus finanziellen Gründen, zum größeren Teil aber aus Bedenken sozialpolitischer Natur. Wo die Gemeinde Eigentümerin und Verwalterin des Straßenbahnnetzes wird, da wird sie gleichzeitig in großem Umfange Arbeitgeberin, und damit sind Probleme gegeben, deren Lösung viel schwieriger ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Man verlangt von den Städten mustergiltige Arbeiterverhältnisse. Sie sind ja auch darauf angewiesen, sich einen zufriedenen Arbeiterstamm heranzuziehen und zu erhalten. Aber da stoßen sie nur zu häufig auf Schwierigkeiten. Aus der Mitte der Bevölkerung wird ihnen vorgehalten, daß es nicht recht sei, einen begrenzten Kreis von Bürgern, die städtischen Arbeiter, auf Kosten der Steuerzahler zu begünstigen, denn Aufgabe der Städte sei es, für das Wohl aller Bürger gleichmäßig zu sorgen. Und von der Privatindustrie wird gegen die Städte der Vorwurf erhoben, daß sie die Arbeitsbedingungen künstlich steigerten und demgemäß auch die Ansprüche der Arbeiter in ihrer Gesamtheit.

Die deutschen Städte beschäftigen gegenwärtig in ihren Eigenbetrieben ungefähr 150,000 Arbeiter, sie zahlen als Arbeitgeberinnen also schon mit. Aber sie zahlen nicht blos, sie haben auch zu rechnen. In einem Lande, das es mit seinen sozialen Pflichten so ernst nimmt wie Deutschland, bringt die Erhaltung und Versorgung eines städtischen Arbeiterheeres von 150,000 Mann der Schwierigkeiten gar manche mit sich, und wenn Deutschland in seiner staatlichen Arbeiterversicherung nicht eine so vorzügliche Grundlage für die Lösung sozialpolitischer Probleme kommunaler Natur hatte, ist es fraglich, ob die Verstadtlichungsidee im Reiche jemals den Beifall gefunden hätte, den sie in den letzten Jahren zu verzeichnen gehabt hat; fraglich auch, ob es gelungen wäre, die Hindernisse zu beseitigen, die sich ihrer Verwirklichung entgegenstellten.

Aber so leicht und spielend, wie man sich's hierzulande vielfach vorstellt, hat sich trotz der günstigen Vorbedingungen die Durchführung der Verstadtlichungsidee auch in Deutschland nicht gestaltet. Auch die mustergiltig eingerichteten Eigenbetriebe stellen an die städtischen Verwaltungen Anforderungen, denen in vollem Umfange eben nur von den mustergiltigen deutschen Stadtverwaltungen mit ihrem vortrefflich geschulten Beamtenstande nachgekommen werden kann. Um Arbeiterwirren möglichst vorzubeugen und sich eine zuverlässige Arbeiterschaft zu sichern, haben die meisten Städte Mindestlöhne mit regelmäßigen Lohnsteigerungen nach dem Dienstalter eingeführt. Die älteren Arbeiter erhalten vielfach Familienzulagen und Mietszuschüsse.

In manchen Städten ist auch der Brauch eingeführt worden, ältere Arbeiter, die nicht mehr in vollem Umfange erwerbsfähig sind, nicht zu entlassen, und manche Gemeinden zahlen ihnen den Lohn unverkürzt bis zu ihrem Lebensende. Für besondere Leistungen beim Straßenbahnbetrieb oder für geringen Materialverbrauch werden Prämien gezahlt. Auch dafür ist gesorgt, daß die Arbeiter in Krankheitsfällen oder wenn sie erholungsbedürftig sind, für eine gewisse Zeit ihren Lohn weiter erhalten. Auch mit der Versorgung solcher Arbeiter, die durch einen Unfall in den städtischen Betrieben ihre Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben und mit der Versorgung der Hinterbliebenen getöteter Arbeiter haben viele deutsche Städte sich bereits beschäftigt. Sie haben Kranken-, Pensions-, Witwen- und Waisenkassen gegründet. Sie haben ihren Arbeitern außerdem das Koalitionsrecht gewährleistet und ihnen gestattet, zuständige Ausschüsse mit der Vertretung ihrer Interessen zu beauftragen.

Das alles ist notwendig gewesen, um die städtischen Betriebe vor Störungen durch Ausstände zu bewahren und die Reibflächen zwischen den kommunalen Arbeitgeberinnen und ihren Arbeitern möglichst zu vermindern. Es sind eben nicht blos Rechte und Vorteile, die sich aus der Verstadtlichung der Betriebe für die Bevölkerung ergeben: es kommen da auch sehr ernste Pflichten und weitgehende Verbindlichkeiten in Betracht. In Deutschland hat man sich damit ziemlich gut abgefunden. Aber in den deutschen Städten kennt man auch keine politischen Maschinen, keine korrupten Einflüsse, keine Unfähigkeit in der Verwaltung, keine städtischen Körperschaften, die sich aus minderwertigen Elementen zusammensetzen, und kein Beamtentum, das von der kuriosen Voraussetzung ausgeht, die Städte seien lediglich da wegen der Krippen für bedürftige Politiker.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. März. — Die Märzfeier der Sozialdemokraten, deren Verlauf vielfach mit großen Befürchtungen entgegengesehen war, ist in vollkommener Ruhe von statten gegangen. Nirgends sind Störungen vorgekommen, trotzdem die Beteiligung weit reger war als in früheren Jahren, denn mit dem Gedenken der blutigen Straßenkämpfe vom 18. März des Sturmjahres 1848 sollte sich ein Massenprotest gegen das in Preußen herrschende Dreiklassenwahlsystem und das im Abgeordnetenhause zu stande gebrachte Reform-Pfuschwerk verbinden. Die Wahlrechts-Demonstrationen beschränkten sich jedoch nur auf die Widmungen an den Kränzen, welche auf den Gräbern der März-Gefallenen niedergelegt werden sollten.

Berlin, 21. März. — Das preußische Abgeordnetenhaus nahm die Wahlrechts-Vorlage, nach den Beschlüssen der Kommissions-Mehrheit, in dritter Lesung an, und zwar mit 238 gegen 168 Stimmen. Die Deutschkonservativen und das Centrum traten geschlossen für die Maßregel ein, während alle übrigen Fraktionen dagegen stimmten.

St. Petersburg, 21. März. Graf Berchtold, der österreichisch-ungarische Botschafter in Rußland, und der russische Minister des Aeußern Iswolski unterzeichneten das Balkan-Abkommen. Dieses stellt die normalen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wieder her und verbürgt auch die Erhaltung des Status quo auf dem Balkan.

Tokio, 23. März. — Einzelheiten eines Berichts, welcher in den Ver. Staaten veröffentlicht wurde, des Inhalts, daß Japan ein neues Abkommen mit den Ver. Staaten in Vorschlag gebracht habe, haben in Tokio große Ueberraschung hervorgerufen. Das japanische Auswärtige Amt dementiert den Bericht und erklärt, es sei nicht der geringste Grund dazu vorhanden. Ein neues Abkommen sei durchaus unnötig. Das Uebereinkommen vom Jahre 1908 decke alle Fragen, die zwischen den beiden Ländern entstehen, und es sei dem Buchstaben wie dem Sinne nach befolgt worden.

St. Petersburg, 22. März. Die durch offiziöse Depeschen aus Tokio teilweise bestätigten Gerüchte über das Zustandekommen einer Allianz zwischen Rußland und Japan haben in allen Schichten des russischen Volkes die größte Entrüstung erregt. Im Auswärtigen Amt ist jedoch keine Auskunft darüber zu erlangen, wie weit die Unterhandlungen mit dem einstigen Feinde gediehen sind. Der von der Presse heftig angegriffene Minister des Aeußern, Iswolsky, ließ durch einen seiner Untergebenen ausweichend erklären, daß kein Bündnis beabsichtigt sei, sondern nur eine durch die Verhältnisse in der Mandschurei notwendig gewordene Ausdehnung des Abkommens von 1906.

Diese Versicherung befriedigt jedoch die Zeitungen und die politischen Kreise nicht. Es wird befürchtet, daß das neue Abkommen, das nur Japan Nutzen bringen kann, in seinen Wirkungen tatsächlich einer Allianz gleichkommt und im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Japan und den Ver. Staaten Rußland zwingen würde, gegen Amerika Stellung zu nehmen.

St. Petersburg, 22. März. — Nach langer Suche und als sie schon beinahe als verloren aufgegeben waren, wurden fünfzig Fischer aus einer gefährlichen Lage auf Treibeis im Finnischen Meerbusen befreit. Die Männer waren unweit Peterhof in die See hinausgetrieben worden, als das Eis vom Ufer losbrach. Sie hatten viele Leiden auszustehen gehabt.